

Stellungnahme zu den Beschlussvorlagen von FDP (19/24369) und Bündnis 90/Die Grünen (19/24383): Öffentliche Anhörung am 21. Juni 2021

Dr. Jochen Müller/ufuq.de

Die beiden Anträge von FDP und B90/Die Grünen schlagen Maßnahmenbündel zur Abwehr und Repression islamistischer Gefährder*innen vor. Diese können im Einzelnen meine Kolleg*innen aus dem Feld der selektiven und indizierten Prävention besser beurteilen. Ich möchte daher einige Anmerkungen zu den Beschlussvorlagen machen aus Sicht einer **universellen Prävention**.

Denn auch wenn beide Anträge das Feld der universellen Prävention nur streifen, lohnt sich der „**präventive Blick**“, weil Perspektiven und Haltungen, die der universellen Präventionsarbeit zugrunde liegen, 1.) große Bedeutung für eine gelingende Distanzierungs-, Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit haben; und 2.) weil sie auch der repressiv begründeten Arbeit der Sicherheitsbehörden zur Gefahrenabwehr dienlich sein können.

In den hier vorliegenden Anträgen geht es im Kern um zielführende konkrete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. Problematisch aus Sicht der universellen Prävention ist dabei die vor allem im Antrag der FDP nicht immer genügend eingehaltene **Trennschärfe**: Die Vorlage enthält Passagen, die sich etwa mit Fragen zu Schule und politischer Bildung, zu Einwanderung oder der Rolle der muslimischen Gemeinden in Deutschland beschäftigen. Eine solche Vermengung von Themen und Begrifflichkeiten kann Diskriminierung und damit Segregationsphänomene in der Gesellschaft fördern und beeinträchtigt die Wirksamkeit von präventiven Maßnahmen. Das möchte ich kurz begründen:

Die universelle Prävention arbeitet mit heterogenen Gruppen „**ganz normaler Jugendlicher**“ – etwa in Schule und Jugendarbeit. Sie setzt also an, bevor es bei Personen überhaupt zu „Verdachtsmomenten“ oder gar beobachtbaren Formen von Ideologisierung und Radikalisierung kommt. Das bringt die Gefahr der Stigmatisierung mit sich: Denn wenn universelle Prävention sich an eine spezifische Zielgruppe richtet, stellt sie diese unweigerlich unter Generalverdacht. Und das wäre - in unserem Fall – Wasser auf die Mühlen von Islamisten, die an genau dieser Alltagserfahrung junger Muslime in Deutschland ansetzen können, stigmatisiert und diskriminiert zu werden.

Dieser Diskurs eines Generalverdachts wird befördert wenn – wie punktuell im Antrag der FDP - Fragen des Asylrechts, der Migrationsgesellschaft, islamischer Organisationen oder der organisierten Kriminalität sowie zur schulischen Bildung und Demokratieförderung in eine Beschlussvorlage eingehen, die ja in ihrem Kern der Repression und Abwehr von Gewalt und Terrorismus dienen soll, und zwar ohne einen problematischen, weil pauschalisierenden und tendenziell **stigmatisierenden politischen und medialen Diskurs** zu reproduzieren, der in diesem Themenfeld weiterhin vorherrschend ist.

In ihrer **Titelgebung** (Null-Toleranz/Kampf gegen Islamismus entschieden vorantreiben) folgen beide Vorlagen der alarmierten und aktionistischen Stimmung der Diskussionen nach der Ermordung von **Samuel Paty**. (Zusammen mit anderen Ereignissen, wie dem islamistisch und homofeindlich begründeten Anschlag in Dresden, gab der Mord an dem französischen Lehrer im Herbst 2020 den Anlass zu den beiden vorliegenden Anträgen.) Charakteristisch für die nach Anschlägen naheliegenderweise vorherrschende „Alarmstimmung“ war, dass sich das Denken ausgehend von einem islamistisch begründeten Mord quasi **automatisch** in Richtung alltäglicher Fragen wie der Teilnahme von Mädchen und jungen Frauen am schulischen Schwimmunterricht bewegte.

Diese **Denkbewegung** fand sich in einer Masse von Medienberichten und prägte auch eine Vielzahl von Positionierungen von Lehrerinnen und Lehrern oder Pädagogenverbänden, die sich zu Wort meldeten, ihre Erfahrungen mit Jugendlichen sowie ihre Ängste vor ihnen schilderten und nach Maßnahmen gegen den vermeintlich anwachsenden Islamismus unter (muslimischen) Jugendlichen und jungen Erwachsenen riefen.

Um hier nicht falsch verstanden zu werden:

Viele dieser Sorgen und Ängste in Schule und Gesellschaft sind verständlich (und werden im Übrigen auch von der großen Mehrheit der deutschen Muslime geteilt). Es gibt sie ja auch, die Konflikte im Klassenzimmer zu Geschlechterrollen, zur Evolutions-theorie, zum Händegeben, zu Nahostkonflikt, Schweigeminuten oder zum Fasten im Ramadan, um nur ein paar zu nennen.

Aber: Mit islamistischer Ideologisierung haben sie in der Regel nichts zu tun.

Sehr oft haben sie nicht einmal (oder nur oberflächlich) mit „Islam“ zu tun. Das gilt z.B. dann, wenn sich Jugendliche auf ihre Religion, den IS oder auf Attentate beziehen, weil es ihnen maximale Aufmerksamkeit garantiert und ihnen die Möglichkeit gibt, ihrem Unmut ein Ventil zu geben. Das ist unsere Erfahrung aus vielen Jahren Arbeit an Schulen mit Jugendlichen und Lehrer*innen. In besonderer Weise gilt das auch für Diskriminierungsformen wie die auch im Antrag genannten Sexismus, Homofeindlichkeit oder Antisemitismus – Phänomene, die weit verbreitet sind und „in den besten Familien“ vorkommen.

Zwar dürften auch die meisten „Gefährder*innen“ diese und andere Einstellungen haben. Jedoch werden die wenigsten Menschen, die - unabhängig von ihrer Religiosität - solche Einstellungen teilen, zu islamistischen Terrorist*innen.

Das in diesem Zuge oft schnell vergebene **Islamismus-Label** feuert daher Konflikte eher an und stellt „muslimische“ Jugendliche, die in der Regel gar nicht besonders religiös sind, sich aber in irgendeiner, mitunter provozierenden Form auf „ihre“ Religion oder „ihre“ Kultur berufen, unter **Generalverdacht** – etwa wenn sie sich kontrovers zu rassistischen Erfahrungen, zum Nahostkonflikt oder in Geschlechterfragen positionieren.

Ein Beispiel: Wenn Jugendliche sich angeordneten Schweigeminuten zum Mord an Samuel Paty (oder zu Charlie Hebdo) verweigern, ist das nicht Anzeichen von Islamismus und Sympathie für terroristische Mörder. Selbst wenn sie in diesem Kontext Anschläge rechtfertigen mögen, bleiben sie in erster Linie wütende Jugendliche. Sie ahnen, dass solche Schweigeminuten auch eine Machtdemonstration darstellen, fühlen sich überwältigt. Und sie stellen berechnete Fragen: Warum wird hier geschwiegen, nach Hanau oder Christchurch aber nicht? Wird mit zweierlei Maß gemessen? Wenn ja, warum? Solch legitimen Fragen, Interessen und Gefühlen von Ungerechtigkeit und Ungleichheit kann in der Schulklasse (**ebenso wie in Politik und Medien**) nachgegangen und darüber gesprochen werden – um sich im Anschluss idealerweise darauf zu verständigen, in welcher Form und mit welchem Ziel gemeinsam und solidarisch der Opfer von Gewalt gedacht werden kann.

Das braucht Zeit, Raum, ein offenes Ohr und das in kontinuierlicher Auseinandersetzung gewachsene Vertrauen in die Jugendlichen. (Auf anderer Ebene gilt das genauso für die in den Anträgen ebenfalls angedeutete, oft schwierige Zusammenarbeit mit **muslimischen Gemeinden und Verbänden!**) Auf dieser Basis gelingt dann auch Konfrontation, wo sie erforderlich ist.

Jugendliche und junge Erwachsene, die Probleme machen, haben in der Regel Probleme. Sie als „Islamisten“ zu verdächtigen, wäre genau das falsche Signal.

Leider stecken **Schule und Lehrer*innenausbildung** in der Migrationsgesellschaft noch immer in den Kinderschuhen. Außerdem stehen Schulen und Lehrer*innen bei weitem nicht die Ressourcen zur Verfügung, die nötig wären, um gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie es die Prävention von ganz unterschiedlichen Polarisierungsphänomenen darstellt, allein zu stemmen. Daran zu erinnern, mehr Ressourcen und einen fundamentalen Kurswechsel in Richtung eines tatsächlich **inklusiven Schulsystems** anzumahnen oder die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Polizei im Umgang mit einzelnen Jugendlichen zu stärken, die aus dem System zu fallen drohen - all das ist aus universell-präventiver Perspektive wichtig und richtig. Denn erst wenn **Schule und Gesellschaft** nicht inklusiv sondern segregierend wirken, werden die Angebote interessant, die Islamisten, Nationalisten, Antisemiten, Rassisten, Sekten, Drogen oder „Clans“ machen.

Im Kontext von Maßnahmen zur Abwehr islamistischer Gefährder*innen können solche Hinweise und Themensetzungen jedoch schnell stigmatisierend wirken, weil sie – ohne es zu wollen - „Muslime“ pauschal unter den Verdacht von Demokratiedistanz und Gewaltilleinität stellen.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, wenn sich beide Beschlussvorlagen auf ihren Kern fokussieren: Maßnahmen vorzuschlagen zur Abwehr und Repression von Gefahren und Gefährder*innen. Dazu gehört auch, darauf wollte ich hier hinweisen, **inklusives und diskriminierungssensibles Handeln und Sprechen:**

Denn noch immer wird - trotz aller Beteuerungen – nicht genügend unterschieden zwischen Phänomenen, die: a) gar nicht oder nur oberflächlich mit Islam zu tun haben; b) kontroversen Positionen, die tatsächlich auf religiöse Motive zurückgehen; und c) Islamismus. Die im Zuge der Anschläge im Herbst aus nachvollziehbaren Gründen sehr aufgeregt geführten Debatten, spielen dann eher Islamisten in die Hände.

Die Beschlussvorlage der FDP könnte sich an dieser Stelle und aus Sicht einer universellen Prävention noch deutlicher um Differenzierung und Trennschärfe bemühen, um dieser Dynamik entschiedener entgegenwirken zu können.

Die Vorlage von BG90/Die Grünen schlägt ein bundesweites Netzwerk und eine „bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus“ vor. Aus Sicht einer universellen Prävention (und angesichts aktueller Entwicklungen) ginge es vielleicht eher um eine „bundesweite Strategie zur Prävention unterschiedlicher Formen von Ideologisierung und Polarisierung“.

Kontakt:

Dr. Jochen Müller

www.ufuq.de

jochen.mueller@ufuq.de

ufuq.de arbeitet bundesweit auf dem Gebiet der politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus. An der Schnittstelle von pädagogischer Praxis, Wissenschaft und Politik entwickelt der Verein Ansätze zum pädagogischen Umgang mit gesellschaftlicher Diversität und zur Prävention von Polarisierungen in der Migrationsgesellschaft. Ein Schwerpunkt in der Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt dabei auf der Förderung von Kompetenzen im Umgang mit Fragen zu Religion, Identität und Zugehörigkeit und der universellen Prävention von islamistischem Extremismus. Mit Beratungen und Fortbildungen wendet sich der Verein an Multiplikator*innen in Schule, Jugendarbeit und kommunalen Verwaltungen und entwickelt Lernmaterialien für die Bildungsarbeit on- und offline.

Der Verein ist Träger im **Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX)**, beteiligt sich an Forschungsprojekten und fördert den Wissenschafts-Praxis-Transfer im Themenfeld. Gefördert wird ufuq.de u.a. vom BMFSFJ im Programm Demokratie Leben!, der bpb, den Ländern Berlin und Bayern sowie der Robert-Bosch- und der Lottostiftung.